



Die Bundesregierung will das Grundgesetz ändern, um Privatisierung von Autobahnen zu ermöglichen. Aus dem Neu- und Ausbau sowie dem Betrieb der Autobahnen sollen Versicherungen, Banken und Baukonzerne hohe Rendite bekommen. Insgesamt geht es dabei um ein Privatisierungsvorhaben von mindestens 150 Milliarden Euro.  
**Dazu sagen wir: NEIN!**

**1.** Das Grundgesetz soll geändert werden, damit die Auftragsverwaltung der Länder für die Autobahnen abgeschafft werden kann. Die Infrastrukturgesellschaft Verkehr soll privatrechtlich angelegt werden und wäre damit der **parlamentarischen Kontrolle entzogen**. Sie könnte dann nach eigenem Gutdünken beispielsweise **öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) als Standardmodell** einsetzen - ein Modell, das längst in Verruf geraten war, weil es schon immer nur den Privaten nutzte.

**2.** Durch die Privatisierung entstehen erheblich höhere Kosten, denn in Geheimverträgen wird Kapitalanlegern über 30 Jahre eine **hohe Rendite garantiert**. Dieses Geld fehlt im Haushalt dann auch für umweltfreundliche Verkehrsmittel.

**3.** Mit der Bundesfernstraßengesellschaft wird die Schuldenbremse umgegangen und damit die Finanzierung der Infrastruktur undurchsichtig. **Öffentliche Schulden verschwinden in Schattenhaushalten**.

**4.** Die Infrastrukturgesellschaft Verkehr stärkt den schädlichen Straßenverkehr. Wie das geht? Die Infrastrukturgesellschaft soll sich jenseits der Schuldenbremse verschulden dürfen. Gleichzeitig soll sie die Lkw- und Pkw-Mautgebühren sowie erhebliche Haushaltsmittel erhalten. **Dem Verkehrssektor droht damit eine gravierende Strukturveränderung zu Lasten ökologischer Verkehrsträger**. In einer Renaissance des Autobahnneubaus würden Fernbusse und Gigaliner die Bahn niederkonkurrieren.

**5.** Mit dieser Privatisierung werden öffentliche Institutionen abgebaut und in die Abhängigkeit von Privaten getrieben. Besonders **betroffen sind die Beschäftigten in den Straßenbauverwaltungen und Straßenmeistereien**. Tarifgebundene Stellen fallen weg, und den Ländern und Kommunen geht das Wissen über Bau und Erhalt von Bundesfernstraßen dauerhaft verloren. Damit bleiben sie auch nach Ablauf der Verträge von den Privaten abhängig.

**Die Einrichtung dieser Infrastrukturgesellschaft muss gestoppt werden. Jetzt!** Gibt es die Infrastrukturgesellschaft erst einmal, werden die weiteren Schritte deutlich schwieriger zu verhindern sein. Die Zeit ist knapp: Eine zugehörige Grundgesetzänderung soll noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. **Wir fordern die Mitglieder des Bundestags und des Bundesrats auf: Stimmen Sie gegen diese Grundgesetzänderung!**

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße, Haus Nr.

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
E-mail

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ich möchte über den Fortgang dieser und ähnlicher Aktivitäten von GiB unterrichtet werden.

*Für weitere Unterschriften bitte wenden →*

